

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Druckerei: Dönhofs 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

4. April 1927

Verlag und Verlagsbuchhandlung: Dönhofs 292 bis 297. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Druckerei: Dönhofs 292 - 297

Friedenspolitik der Internationale.

Der Balkankonflikt vor dem Völkerbund! - Gegen die imperialistischen Vorrechte in China - gegen die Friedenssabotage des Faschismus.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag tagte in Paris eine Konferenz der sozialistischen Internationale mit der Gewerkschaftsinternationale, die sich mit den brennendsten Fragen beschäftigte: dem jugoslawisch-italienischen Konflikt, den Ereignissen in China und dem Faschismus.

Die Gewerkschaftsinternationale war durch ihren Präsidenten Dudgeon und die beiden Vizepräsidenten Jouhaux und Meekens vertreten. Von der sozialistischen Internationale waren anwesend der Generalsekretär Fritz Adler, Wels für Deutschland, Vliegen für Holland, Brockway für England sowie Delegierte Belgiens, Italiens, Russlands, der Tschechoslowakei und der Schweiz. Frankreich war durch Conguet vertreten, auch Blum und Renaudel waren anwesend. Die Morgen Sitzung wurde ausschließlich durch eine Vorlesung eines jugoslawischen Delegierten über die Lage auf dem Balkan und in Albanien ausgefüllt. In der Nachmittags Sitzung wurde in eine Prüfung der Ereignisse eingetreten und eine Kommission gebildet, die der Nachsitzung drei Resolutionen über das Balkanproblem, über China und über den Faschismus vorlegen sollte.

In der um 1/11 Uhr durch Adler eröffneten Nachsitzung nahm die Konferenz nach längerer Debatte drei Resolutionen an. In der ersten verlangt die sozialistische Internationale in Uebereinstimmung mit der Gewerkschaftsinternationale im Namen der gesamten Arbeiterklasse, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt vor dem Völkerbund behandelt wird. Sie fordert: 1. Anwendung von Artikel 11 des Völkerbundesrats, also die Einberufung des Völkerbunds rats im Falle eines Krieges oder einer Kriegsdrohung; 2. die von Italien gegen Serbien vorgebrachten Beschuldigungen sollen in ihrem Wortlaut veröffentlicht werden;

3. die Debatte muß vor den Völkerbund kommen, damit durch die öffentliche Aussprache die Gefahren der Geheimdiplomatie beseitigt werden; 4. der Völkerbund, der entweder die Untersuchung selbst führen oder mit den Ergebnissen der Enquete befaßt werden wird, muß in einer öffentlichen Debatte zu den Schlussfolgerungen dieser Untersuchung Stellung nehmen; 5. diese Schlussfolgerungen müssen sich besonders für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts Albanien aussprechen und dafür, daß Albanien unter kein Protektorat, weder unter ein italienisches noch unter ein serbisches komme, selbst wenn der Völkerbund dafür die Garantien übernimmt; 6. der Völkerbund muß wachsam bleiben, um jeder Verschärfung der Zwischenfälle zuvorzukommen.

In der zweiten Resolution über die Ereignisse in China verlangt die sozialistische und die Gewerkschaftsinternationale die Abschaffung der ausländischen Privilegien in China, den Verzicht auf die Konzessionen und die Zurückziehung sämtlicher Truppen und die Kriegsschiffe, die bisher dorthin entsandt worden seien, um ungerechtfertigte Privilegien zu verteidigen.

Am jede Ausbreitung des Krieges zu vermeiden, sollen sofort Verhandlungen aufgenommen werden auf der Grundlage der Anerkennung des Rechtsanspruches Chinas auf seine nationale Unabhängigkeit. Die organisierten Arbeiter der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale werden aufgefordert, sich mit allen Kräften dem Krieg gegen China zu widersetzen.

In der dritten Resolution spricht sich die Konferenz sehr scharf gegen die Machenschaften des Faschismus aus, „der andauernd alle Friedensbemühungen der Völker sabotiert“, insbesondere die Aktionsfähigkeit und Unabhängigkeit des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes zu verringern sich bemühe.

Der neue Weg.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Handelsvertrag sind hier in den letzten zwei Jahren immer wieder besprochen worden. Heute, wo nach halbamtlichen Mitteilungen ein neues Stadium erreicht ist und eine neue Methode erprobt werden soll, wollen wir die oft und scharf kritisierten Vorgänge und Persönlichkeiten der Vergangenheit beiseite lassen und in aller Kürze die Erfordernisse der Zukunft umreißen.

Daß die überalterten und von gegenseitigem Mißtrauen erfüllten Kommissionen verschwunden sind, ist gut. Wer zwei Jahre lang, aus welchen Gründen immer, zu keinem Ergebnis gelangt ist, tut gut daran, einmal vom Verhandlungsstisch zurückzutreten. Der neue Weg diplomatischer Besprechungen über die hauptsächlichsten Streitpunkte, also ohne Protokoll und tägliches Bulletin, hat seine Vorzüge. Er ist mehr auf gegenseitiges Vertrauen eingestellt, das Entgegenkommen ist von beiden Seiten erreicht, da nicht angreifbare Einzelergebnisse, sondern ein gewisses Gesamtergebnis der öffentlichen Beurteilung unterbreitet wird. Bei gemeinsamem gutem Willen zum Vertrag müßte mit dieser Methode weiter zu kommen sein als auf dem bisherigen Weg, der mit einmal eingepackten Standpunkten und hartnäckigen Prestigegegründen gepflastert war.

Bei gemeinsamem gutem Willen! Nur dann! Und zwar nicht bei einem solchen, der Lippenbekenntnis bleibt, sondern der sich in der Erkenntnis ausdrückt: Was sind die legalen Bedürfnisse der Gegenseite? Welche berechtigten Forderungen sind zu erfüllen, wenn man zu einem Vertragsabschluss gelangen will?

Wir haben immer betont, daß deutscherseits dem Niederlassungs- und Einreiserecht aus guten Gründen eine wesentliche Bedeutung beigemessen wird. Gerade deshalb wünschten wir aber, daß die deutschen Forderungen auf diesem Gebiet sich fernhalten von allem, was auf der Gegenseite als Wiederaufnahme von Kolonisationsbestrebungen gedeutet werden könnte. Je reiner das Niederlassungsrecht auf Handel und Industrie beschränkt wird, desto weniger hat Polen Grund, diese berechtigten deutschen Wünsche abzulehnen.

Ueber deutsche Tarif- und Zollforderungen soll heute nicht gesprochen werden. Es ist klar, daß der Vertrag der deutschen Ware in möglichst umfassender Weise den Weg nach Polen öffnen muß. Und ebenso klar ist es, daß Polen diesen wirtschaftlichen Vorgang nicht durch einen übersteigerten Protektionismus unmöglich machen darf, insbesondere nicht durch einen solchen, der sich noch kaum existierender und sicher nicht lebensfähiger Industrien anzunehmen befreit.

bleiben die polnischen Forderungen, zu denen ein klares und eigentlich selbstverständliches Wort gesagt werden muß! Polen ist ein Agrarstaat und die Kräfte, die in der Hauptsache hinter den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen stehen, sind die große und kleine Landwirtschaft. Will man deutscherseits den Vertrag, so muß man agrarische Augenstände machen, die den berechtigten polnischen Bedürfnissen entsprechen. Jede andere Haltung ist töricht, unehrig und in ihren politischen Auswirkungen gefährlich. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man jetzt in erneute Besprechungen eintritt, um den außenpolitischen Gefahremoment nicht zu übersehen. Erneute Besprechungen, die durch polnische Einkenten ermöglicht wurden und die noch einmal scheitern, aber diesmal an deutscher Intransigenz gegenüber dem polnischen Schwein, bedeuten eine grundlegende Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen, eine Verewigung des Handelskrieges, ein Uebergreifen dieses wirtschaftlichen Kriegszustandes auf andere, auf politische Gebiete. Wird das der Luhaminister des Reichs zulassen können?

Mit dieser Frage mündet das deutsch-polnische Problem in die große Politik des Reichs. Und hier kann gar nicht ernst genug darauf gewarnt werden, zu glauben, die Welt betrachte Polen sozufolge mit ostdeutschen Augen. In den völkischen Berechnungen der Großmächte sind sicherlich alle Schwächen des heutigen polnischen Staates einkalkuliert, aber ebenso die positiven Eigenschaften, die ihn zu einem geoarabischen, wirtschaftspolitisch und militärisch bedeutsamen Machtfaktor in Europa machen. Das vergißt man zu leicht, insbesondere in Reichskreisen, die noch in den Vorkriegsgedankengängen des Ostmarkenverbandes befangen sind, gleichbedeutend mit hochmütiger Verachtung alles Polnischen! Das aber ist ein Geisteszustand, der außerordentliche Gefahren in sich birgt, insbesondere die eines höchst schmerzlichen Erwachens! All das darf der nicht übersehen, unter dessen Verantwortung aufs Neue der Versuch einer Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses gemacht wird. Die Erinnerung an das serbische Schwein wird ihm dabei sicherlich helfen!

Landwundminister und Handelsverträge.

Auf einem deutsch-nationalen Landesparteitag in Weissenkirchen hielt am Sonntag nachmittag der Reichslandwirtschaftsminister Schiele eine Rede, die bewies, welche Widerstände dem Versuch einer Herstellung friedlicher Handelsbeziehungen von seinen Landwundfreunden zu erwarten sind. Jeder außenpolitische und handelspolitische „Erfolg“, der mit einem Zugeständnis von Nahrungsmitteln einherginge, würde, so führte er aus — eine weitere Verschärfung unserer Selbsterhaltungsbegründungen in den Bereich fremder Mächte. Für uns müsse die nationale Autokratie, d. h. vor allem Nahrungs-

Tschangkaifschek nur Oberbefehlshaber

Wangschingwei Vorjgenger der Kuomintang.

Schanghai, 4. April. (Reuter.) Nach einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der Kuomintangpartei Wangschingwei sandte Tschangkaifschek ein Rundtelegramm an die unter nationaler Herrschaft stehenden Provinzen, in dem er erklärt, er beschränke sich von jetzt an auf den Oberbereich bei dem Feldzuge gegen den Norden und stelle die Regierungsgeschäfte unter die Leitung von Wangschingwei. Dies wird als ein verzweifelter Versuch Tschangkaifscheks angesehen, seine erschütterte Stellung in der Partei dadurch zu stärken, daß er sich die Unterstützung Wangschingweis sichert.

Eine chinesische Darstellung.

Schanghai, 4. April. (Ch. N.) Die Bemühungen der britischen Propaganda, aus der Uebertreibung der geringen Differenzen zwischen den einzelnen Führern der Kuomintang politischen Gewinn zu ziehen, können infolge der Rückkehr des ehemaligen Vorsitzenden der Nationalregierung Wangschingwei als gescheitert betrachtet werden. Wangschingwei hatte Kanton im vorigen Jahre frankheitsvoller verlassen und sich nach Paris zur Behandlung seines Leidens begeben. Auf Grund der politischen Lage im vorigen Jahre bestand zwischen Wangschingwei und dem Oberkommandierenden Tschangkaifschek eine gewisse Verschiedenheit in der Beurteilung der damals anzuwendenden Taktik. Es ist für die jetzige Lage bezeichnend, daß Wangschingwei bei seiner Rückkehr von Tschangkaifschek aufs herzlichste willkommen geheißen wurde. Nach der in den Kreisen der Nationalregierung vertretenen Ansicht bedeutet die Rückkehr Wangschingweis die Behebung aller Schwierigkeiten und die Festigung der Kampffront der Nationalbewegung auf allen, d. h. sowohl auf politischen als auch militärischen Gebieten.

Zeichen der Krise: Englische Minister machen kein Wochenende.

London, 4. April. (Tu.) Baldwin, Chamberlain und der Kriegsminister sind während des Wochenendes wegen der chinesischen Krise in London geblieben.

Flucht der Hankau-Japaner auf die Schiffe.

Schanghai, 4. April. (Reuter.) Ein japanischer Marineausflug meldet aus Hankau: Infolge eines Streites zwischen einem japanischen Matrosen und einem Risikahuli drang eine Menge von Kulis in die japanische Konzeption ein und begann die Käden zu plündern und japanische Staatsangehörige auf der Straße anzuhalten. Eine Abteilung japanischer Matrosen wurde daraufhin eilig von den Kriegsschiffen gelandet, die sich genötigt sahen, mit Maschinengewehren auf die Menge zu feuern, wodurch zwei Chinesen verwundet wurden. Die Menge wurde schließlich zerstreut.

Die Mehrheit der Inerhalb und außerhalb der Konzeption anwesigen über 2000 Personen zählenden Japaner suchte auf den Kriegsschiffen Zuflucht, die übrigen blieben unter dem Schutze japanischer Soldaten in den anderen Fremdenüberlassungen zurück. Japanische Matrosen bewachen jetzt die Niederlassung. Vier japanische Kriegsschiffe haben sofort den Befehl erhalten, sich nach

Hankau zu begeben, um das bereits dort liegende Geschwader von drei Schiffen zu verstärken.

Die Uneinigkeit der Mächte.

New York, 4. April. (W.B.) „Herald Tribune“ betont, die Erregung der Mächte über die Rankinger Zwischenfälle stehe in umgekehrtem Verhältnis zu dem Schaden, den sie erlitten hätten. Die erste Folge der gemeinsamen Gefahr am Hangse sei gegenseitiges Mißtrauen an allen anderen Orten. Japan, dessen Angehörige am meisten bedroht seien, instruierte seine Presse, sich nicht mit der chinesischen Gefahr zu befassen. Die Franzosen, die mehrere Landeute verloren, übten sarkastische Kritik an dem britischen Imperialismus. Die Vereinigten Staaten schwiegen. Nur die Engländer, die am wenigsten gelitten hätten, äußerten die größte Empfindlichkeit über die Verletzung ihrer nationalen Würde und sprachen von Vergeltung. Witterweise werde als reichendes Symbol der internationalen Harmonie zwischen der französischen und der internationalen Niederlassung Schanghai Stachelnd gezogen. Soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, wünsche niemand hierzulande ausgebehnte militärische Operationen, die überdies durch den Umfang der amerikanischen Interessen nicht zu rechtfertigen wären.

Reichstag und Arbeitszeit.

Die Debatte heute vormittag fortgesetzt.

Der Reichstag hat heute vormittag die Debatte über das sogenannte Notgesetz der Regierung zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung fortgesetzt.

Für die Partei der Scharfmacher, die Deutsche Volkspartei, sprach ein Unternehmervertreter. Gegenüber den ersten wirtschaftspolitischen Darlegungen des Genossen Graßmann vom Sonnabend hatte er keine Argumente. Die Partei der „industriellen Wirtschaft“ beschränkt sich bei dieser Debatte, die für die deutschen Arbeiter und die deutsche Volkswirtschaft von größter Bedeutung ist, auf die alten Kläppchen.

Die Arbeiter wissen nicht, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollen! Das sagt ein Unternehmervertreter im Jahre 1927, im zwanzigsten Jahrhundert! Die deutschen Unternehmer sind heute noch dieselbe rückständige, unwissende, brutale Klasse wie die englischen Bourgeois der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts! Diese Worte hätte einer jener Arbeiter- und Kinderhinder sprechen können, die aufheulten, als der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit vor hundert Jahren begann. Man muß sich den Namen dieses Mannes merken. Er heißt Pfeffer.

Der Arbeitsminister rebeide den Unternehmern ins Gewissen. Mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit können sie nicht aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus. Deshalb will die Vorlage des Herrn Brauns den Zehnstundentag retten. . . . Die Taten zeugen gegen die Worte!

freiheit, Herrschaft über unsere eigene Existenz die vornehmste politische Aufgabe sein. Hier lagen die Wurzeln der deutschen Befreiungspolitik.

Herr Schiele sucht also den Rechtsblock vor aller Verantwortlichkeit auf eine Politik festzulegen, die die fremden Nahrungsmittel von Deutschland fernhält, worauf die fremden Staaten natürlich mit einer Abperrung ihres Marktes gegen deutsche Industriemärsen antworten. Die Unmöglichkeit eines hinreichenden Exportes ist aber eine der Ursachen unserer Arbeitslosigkeit. Darum kümmert sich der Landwirtschaftsminister, der nur die Interessen der Großagrarier kennt, natürlich nicht.

Wenn das Reichskabinett von derartigen Äußerungen seiner führenden Ressortminister nicht deutlich abrückt, so wird allen Versuchen zu neuen Handelsverträgen sehr bald das Urteil gesprochen sein. Besonders hat es keinen Zweck, eine Verhandlungsbereitschaft mit Polen zu martieren, solange die regierenden Herren mit derartiger Freimütigkeit erklären, daß die größte Regierungspartei alle Zugeständnisse auf dem entscheidenden Gebiet der Nahrungsmittelfuhr ablehnt.

Die Spaltungspartei.

Drei Abgeordnete aus der SPD. ausgeschlossen.

Die Zentrale der SPD. hatte nach dem Essener Parteitag den Reichstagsabgeordneten Schleich und die Landtagsabgeordneten Bartels und Grylewicz aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Die drei Abgeordneten haben die Niederlegung verweigert. Darauf hat die kommunistische Zentrale am 1. April beschloffen:

„Schleich, Bartels und Grylewicz werden wegen Verneinung der Grundzüge der kommunistischen Partei und der Kommintern, wegen fortgesetzten Bruches der Parteizucht und wegen ihres im Auftrage ausgeschlossener Renegaten fortgesetzten Kampfes gegen die Partei der Mitgliedschaft in einer revolutionären Partei für unwürdig erklärt und aus den Reihen der SPD. ausgeschlossen.“

Mit den drei Ausgeschlossenen haben sich vier noch nicht ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete und sieben Landtagsabgeordnete solidarisch erklärt. Die linken Kommunisten werden demnach in den nächsten Tagen Fraktionsstärke erlangen.

Reichsbanner und Oberschlesienfrage.

Eine Rede Hörings.

Hindenburg, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Rahmen der Gautagung des ober-schlesischen Reichsbanners sprach am Sonntag in einer Kundgebung in Hindenburg der Bundesvorsitzende, Oberpräsident Höring, über Wege und Ziele des Reichsbanners. Höring kam in seiner Rede auf den durch die Reichsverbände in Deutschland eingeführten politischen Word zu sprechen und erklärte: Oberschlesien hat von diesen Bänden mehr gesehen, als irgendeine andere Gegend Deutschlands. Höring sei damals bei den Polenputzungen im Reichswehrministerium vorstellig geworden, um die sofortige Zurückziehung der Brigaden Ehrhardt und Böhmefeld zu erreichen. Man sei jedoch seinem Verlangen in keiner Weise nachgekommen.

Der Redner beschäftigte sich weiter mit der Stellung der republikanischen Parteien zu der gegenwärtigen Reichsregierung und erklärte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, der hier und da verlangte Ausschluß des Reichsfanzlers Röggen aus dem Reichsbanner würde keine politische Tat sein, sondern nur herbeiführen, daß auch Preußen den Deutschnationalen ausgeliefert wäre. Zum Schluß versicherte der Redner, daß er der Ueberzeugung sei, daß die Welt einst auf friedlichem Wege das ober-schlesische Unrecht von Wien wieder gut machen werde, wenn ein demokratisches Deutschland dauernden Beweis seines Friedenswillens gebe. Dafür sei das Reichsbanner die beste Garantie.

Marschners „Vampyr“.

(Erstaufführung in der Staatsoper.)

Pfiffer hat nicht so viele Werke für die Bühne geschrieben, als daß sie zwei Opernhäuser in gemeinschaftlicher Arbeit eine Woche ausfüllen könnten. So greift man beherzt zu dem Chormerkel von der „deutschen Seele“ und zu Pfifferschen Bearbeitungen. Heinrich Marschner gehört seine Liebe, und er läßt diese Begeisterung auch als Regisseur aus. Nun sind zwar die ganz großen Opernregisseure von erzieherischer Dauerwirkung meist Komponisten gewesen (Blud, Weber, Wagner, Mahler), aber nicht jeder Komponist ist ein großer Regisseur. Pfiffer bewegt sich im Landläufigen und trifft einen besonderen Stil nur da, wo die Abgriffenheit einer Musik der Abgriffenheit des Textes und der Szene angepaßt ist.

Das Libretto Wohlbrücks macht die Sehnsucht nach dem „Hans Heiling“ frei, die Musik solche nach Webers „Freischütz“. Tatsächlich ergeben sich Ähnlichkeiten zwischen „Vampyr“ und „Freischütz“, die schon aus entwicklungsgeschichtlichen Gründen aufzufallen und zuletzt bis auf Richard Wagner hinführen. Der Brauslichkeit des Textes entspricht allerdings nicht die gleiche dämonische Wucht der Musiksprache. Sie geht in allem, technisch wie ausdruckslos, mit viel zarteren Mitteln vor. Harmlos Volkstümliches, schmeicheltend Parisches, gefährlich melodische Duette, breite Arioso, dazwischen ein berber Volkschor und ein bühnen dramatische Leitmotiv. Sie ist noch schwach, aber sie ist, 1825, lange vor Weber und Wagner, doch schon da. Mindestens in der Rolle des „Vampyr“, der sich seine Menschenopfer sucht und tötet, der selber mehrfach getötet, aber durch Mondeslicht wieder lebendig gemacht wird. Sonderbare Märchenluft, die wie lächelnd einatmet, ohne zu erschauern. Auch die dämonisch gewollten Szenen schlagen nicht mehr ein. Wir sind um ein Jahrhundert weiter, wir sind andere Leidenschaft und andere Färbung des Orchesters gewohnt. Die beiden Finales und die Ouvertüre sind schwungvoll und dramatisch geführt. Die Arien des schwarzen Vampyr haben Saft und Kraft, viel mehr als die der Malvina und des säuselnden Aubry. Die gesprochenen Dialoge sind in ihrem Schriftdeutsch unaussprechbar, dafür haben ein paar Augenblicke besonderer schicksalhafter Erregung wieder musikalisch-charaktervolle Akzente. Im ganzen ein Libretto von schwachem Kollier, eine Musik von melodischer Wirkung, aber mehr oberflächlich glänzend als vertieft. Dem ganz jungen Wagner muß das noch sehr gefallen haben, der Wagner des „Lohengrin“ aber schon sangt in zehn Takt das Blut dieses „Vampyr“ aus. Und heute sind wir doch schon so weit, daß die anderen Vampyre den Romantiker Wagner töten.

Wozu also die Coloanisierung? Die Staatsoper hat bessere als nur historische Aufgaben zu lösen. An dieser „Vampyr“-Aufgabe aber helfen unter bewährter und sachlicher Führung von Szell

Berufsmäßige Anstoßnehmer.

Stürmische Kundgebungen in München gegen den Potemkin-Film.

München, 4. April. (TL.) Am gestrigen Sonntag fanden in München stürmische Kundgebungen gegen die Aufführung des Potemkin-Films statt. Schon am Nachmittag wurde im Licht-Schauspielhaus eine Vorstellung durch eine Gruppe junger Leute, die sich offenbar verabredet hatten, gestört, so daß ein Teil der Zuschauer fluchtartig das Theater verließ. Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm die Personalien von 15 Ruhestörern auf. Am Abend wiederholten sich die Kundgebungen in verstärkter Form auch im Filmpalast, wo die Demonstrationen mehrere Stunden andauerten. Es wurden Steinkugeln geworfen und heftige Reden gehalten. Schließlich mußte die Polizei das Theater räumen. Gruppen jugendlicher Demonstranten zogen unter den Rufen „Nieder mit dem Potemkin-Film“ durch die Straßen.

Steinkugeln als Mittel des „geistigen“ Kampfes, Schrei- und Prügelhelden als Väter der deutschen Kultur, Leute, die berufsmäßig Anstoß nehmen, unterstützen so die Bestrebungen der Bayerischen Volkspartei, die Volksseele gegen die Russenfilme zum Kochen zu bringen. Das ganze ist ein Stück aus dem Kapitel „bayerische Geistesfreiheit“.

Die faschistischen Lockspiegel im Auslande.

Eine „Zählung“ der Auslands-Italiener.

Die faschistischen Lockspiegel im Auslande entfalten in der letzten Zeit eine stieberhafte Tätigkeit, um Bewegungen zu erregen, die Mussolini den Vorwand geben können, sich bei den ausländischen Regierungen über ihre den politischen Flüchtlingen gewährte Gastfreundschaft zu beschweren. Man geht zu republikanischen Kundgebungen und bereitet phantastische Handreichungen vor. Ueberall begegnet man angeblichen Feinden des Faschismus, die dazu auffordern, zur individuellen Tat überzugehen und Geheimverbände ins Leben zu rufen. Es ist die Fortsetzung der Methode Ricciotti Garibaldis. Und wie in letzterem Falle nachgewiesen werden konnte, daß der italienische Faschist in Paris über die Tätigkeit Garibaldis genau im Bilde war, so liegt auch in den neueren Fällen der Verdacht nahe, daß die diplomatischen und konsularischen Vertreter Mussolinis an dieser Lockspiegel nicht unbeeiligt sind.

Vor allem ist Frankreich von faschistischen Agenten überlaufen, die dieses Werk betreiben. Bisher wurden die heikelsten Aufgaben von den Polizeibeamten Sabatini in Paris und Spetia in Rizza geleitet. Da beide jedoch verdächtig sind, hat man eigens aus Italien einen weniger bloßgestellten Beamten herübergeschickt: Ernesto Sulli. Ueberall trifft man Heißsporne, die die Notwendigkeit zum Handeln betonen; man spricht von „aktivistischen Sozialisten“, von „Sozialisten der Tat“. Man will sogar den Eindruck erwecken, es stünden ernsthafte Politiker hinter diesen Bewegungen und unterstützten sie mit Geld- oder Protektion. Und es gibt stets einige Gutgläubige, die darauf hereinfallen.

Außerdem hat die faschistische Regierung ein neues Mittel gefunden, um die Westung aller im Auslande lebender Italiener dem Faschismus gegenüber kennenzulernen. Sie trägt sich mit der Absicht, durch ihre Konsulate eine Zählung aller im Auslande lebenden Italiener vorzunehmen. Diese „Zählung“ ist natürlich nichts anderes als eine Spionagemäßnahme, um zu erfahren, wie viele und welche Italiener im Auslande dem Faschismus freundlich oder feindlich gesinnt sind, um gegen die letzteren alle Reaktionen und Repressalien vorzunehmen. Jeder Italiener, der in seiner Wohnung den Besuch irgendeines Beamten des Konsulates oder einer anderen italienischen Behörde erhält, der Auskunft über seine Person und Familie verlangt, wird gut daran tun, diesem Beamten die Tür zu weisen. Zumal jede italienische Behörde im Auslande mit einer solchen „Zählung“ ihre Befugnisse überschreitet.

Theodor Scheidl, mit der ausdrucksvollen Maske eines Mephisto im Fiebermaus-Gewand, die zart besaitete Della Reinhardt, der stimmlich freier gewordene Dworki, Helgers und andere. Kurt Singer.

„Drei arme, kleine Mädels.“ Zuerst sieht es so aus, als ob Beate doch noch ihren Jörg Nölsger für das Brautbett erober, aber dann wird es entschieden anders. Jörg begnügt sich mit der Ueberwindung eines Rosenstrauchs und reißt nach Jona ab, während Beate beherrscht aufschluchzt. Die Verfasser der Kolloschen Operette im Theater am Hollendorfsplatz wagen eben der Tradition zu trotzen und verzichten einfach auf das vorgezeichnete fröhliche Ende. Und das dazu noch in einer Kostüperette. Sonst geschiede wenig Originelles. Ständig fühlt man sich an „Wie einst im Mai“ erinnert. Auch hier veratmet eine adlige Familie und der unbedeutende Bürgerliche entwickelt sich zu einem bedeutsamen Millionär, auch hier wird das Spiel der Generationen betrieben. Aber die Herren Feiner und Harbi-Warden sind nicht so erfindungsreich wie die wohlrenommierte Firma Bernauer und Schönger. Es gelingt ihnen ein auf gebauter, sprühender erster Akt, zu dem Kollo entzückende Melodien liefert, besonders ein prächtiges Finale. Und dann schleppt sich die Handlung dahin, Kollo rafft sich noch einmal zu einem sehr hübschen Schlagerduett im Volkstanz auf und damit endet die Herrlichkeit. Wertwürdig benimmt sich Kollo im Vorspiel, die Musik ist hier stark überzucker und möchte gern opernhoch sein. Ganz im Hintergrund sieht man den großen Schatten Kinneders. Der Opernsänger Hans Heinz Bolmann, der lebenswürdige Rigoletto-Herzog, macht auch in der Operette ausgezeichnete Figur, singt vollendete Kamellen und stellt eine annehmbare Figur von edlen Weltkammerz und kultivierter Ausgelassenheit her. Seine Partnerin Hilbe Woerner hat dagegen nur Sinn für stilvolle Melancholie. Georg Alexander spielt eine ärmere Neuauflage des Methusalem aus „Wie einst im Mai“. In zweiten Akt hat er eine kurze Szene, in der sich der arme Trottel in einen peinigtesten, bitterden Menschen verwandelt mit eindringlicher, überzeugender Gebärde. Grete Rosheim und Wolfgang Jilzer sehr frisch und jugendlich. Rühne, Hofbauer, Picha und Ida Wüst geben konventionellen Schemen Umriß und Leben. Das Orchester unter Dostals Leitung spielt sehr schmissig, beinahe als ob es Sehnsucht nach Charleston hätte.

„Der Tanz im Wandel der Zeiten“ hieß ein Vortrag, den Frau E. Schwahn auf Einladung des Bezirksjugendmities Brenzlauer Berg in der Aula der königlichen Oberrealschule hielt. Sie begleitete ihre Ausführungen mit einer Reihe wunderschöner ausgewählter Lichtbilder. Man sah Reigentänze aus verschiedenen Epochen, kultische und feierliche Tänze des klassischen Altertums, Gesellschaftstänze vom Mittelalter bis zur neuen Zeit. Sehr geschickt wurde die Wandlung des Tanzstils vom Barock zum Rokoko an der Wandlung des Baustils jener Zeit im Bild erörtert. Man sah Balletgruppen aus den verschiedenen Jahrhunderten und die Entwicklung des Balletstils aus den Journieren und Brunkouzügen des Mittelalters. Leider ließ die Vortragende nicht die Bilder sprechen und begnügte sich selbst mit ergänzenden Worten, sondern sie las einen wohlkonzipierten Aufsatz in schönen interpunktionreichen Sätzen ab, zu denen die Bilder gleichsam nur

Stegerwald-Rundfunk.

Seine Reden an Alle.

Am deutschen Rundfunk wird immerzu herum- und höher-organisiert. Eine eigene Wissenschaft ist ein Guthaben; sie handelt von den Aktienbesitzverhältnissen, den Reichs- und sonstigen Rundfunk, sowie den Sendegesellschaften, der „reichlichen“ Ueberwachung (von „Berreichlichung“ logisch ab- und der neudeutschen Sprache zugeleitet) und dem Ueberwachungsamt, den man den Vätern um so bereitwilliger eingeräumt hat, als der Weg von den „Verbündeten Regierungen“ der Monarchenzeit zur deutschen Einheitsrepublik zunächst über einen wesentlich gestärkten Partikularismus mit erweiterter Macht monarchistischer Länderregierungen geht. Aber der einfache Berliner Rundfunkhörer merkt von all diesen Konzernkomplexkomplikationen nichts, ihm können alle diese Zusammenhänge samt ihren Trägern und Repräsentanten, so meint er in seiner Naivität, gemogen bleiben. Er hält sich, drachlos, an das, was er hört. Das sind zunächst am Morgen die Markthallenpreise und dann die ersten Tagesnachrichten. Und bei dieser Gelegenheit hören wir alle paar Tage, daß und was und wo der Zentrumsabgeordnete und Ehren doktor Stegerwald wieder einmal geredet hat. Kein anderer der recht zahlreichen Parlamentarier des Reiches kann sich auch nur entfernt (sich of maliger Zitierung und Popularisierung im Rundfunk erfreuen; wir vermuten, daß infolge der verreichlichten Vereinheitlichung die Rundfunkteilnehmer im ganzen Reich ebensooft zu hören, wie es aus dem Stegerwald herauschallt.

Im allgemeinen genügen uns ja die Parlamentsreden, die im Parlament selbst gehalten werden, für die übrigen Parlamentarier hält sich auch der Rundfunk daran — aber Stegerwalds Redereien und Redereden versorgt die Senderei geradezu mit Argusaugen und läßt ihren Hörern nichts davon entgehen; man scheint da von dem vielredenden Stegerwald zu glauben, was man ihn pade, sei er interessant. Mag er auch meistens dasselbe sagen — tut nichts, der Stegerwald wird verbreitet...

Die Rundfunkhörer aber werden nicht von jener Sorge geplagt, die sich einst in dem Ruf äußerte: „Adam wo bist du?“ Der Rundfunk sagt zuversichtlich, wo er gerade ist und was er dort redet.

Neue Justiz in Litauen.

Zwei Todesurteile gegen Oppositionelle.

Kowno, 4. April. (TL.) Das Feldgericht in Kowno verurteilte die Bürger Melamed und Klapanas zum Tode, zwei weitere Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus wegen versuchten Umsturzes der herrschenden Macht. Ein weiteres Urteil auf lebenslängliche Zuchthausstrafe wurde wegen Verbreitung von Proklamationen in der Armee verhängt.

Es handelt bei den zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten und jene Sozialdemokraten und Volkssozialisten, deren Verhaftung unter der Anklage des „Komplots“ gegen die Puschregierung Smetonka-Boldemaras erst vor wenigen Tagen gemeldet wurde. Rund sechzig Mitglieder dieser beiden Oppositionsparteien sind festgenommen und sechs von ihnen herausgegriffen worden, die durch ein Feldgericht abgeurteilt werden sollen.

Bereits zur Jahreswende sind wenige Tage nach dem litauischen Faschistenputsch, der Kommunisten von einem Feldgericht zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet worden. Der allgemeine Sturm der Entrüstung, den diese barbarische Justiz damals in allen zivilisierten Staaten hervorgerufen hat, scheint nur sehr vorübergehend auf die neuen Verurteilungen Litauens gewirkt zu haben, da sie auf neue gegen die Opposition mit ähnlichen verbrecherischen Maßnahmen vorgehen. Daß die Regierung in Kowno diese neuen Schandurteile ihrer rasend gewordenen Militärs vollstrecken, dann zeichnet sie damit selbst ihr eigenes Todesurteil.

Illustrationen waren. Was sie sagte, war gewiß ausschweifend; aber es war langweilig. Der kulturhistorische Faktor, der im Tanz aller Zeiten deutlich wird, und auf den Frau Schwahn mit Recht besondere Betonung legte, hätte sich viel klarer und einfacher ohne diesen Aufwand von Kunststippapier und wohlgeputzten Sähen aufzeigen lassen. — Anschließend tanzte Eber Naparstok, leider empfindlich gehemmt durch die sehr ungünstig angebrachte Beleuchtung.

Zusammenarbeit von Porzellan-Manufaktur und Kunsthochschule. Die Berliner Porzellan-Manufaktur hat neuerdings eine Versuchswerkstätte für die Staatliche Hochschule für Bildende Kunst eingerichtet. Sie scheint mit diesem Schritt eine Erneuerung ihres Formbestandes vorbereiten zu wollen, der eines solchen Versuches dringend bedarf.

Ein seltenes Vogelskelett. Ein vollständiges Vogelskelett des berühmtesten unter den ausgestorbenen Vögeln von Neuseeland, des Moa, ist zu Katamata an der Ostküste der Koromandel-Halbinsel gefunden worden. Wie aus Christchurch berichtet wird, trat dieses Skelett zutage, nachdem ein starker Südweststurm die Sanddünen ausgewählt hatte; auch Stücke von Eiern wurden gefunden. Bisher gibt es nur 20 Ueberreste dieses ausgestorbenen Vogels, der nicht fliegen konnte, aber mit seinen langen Beinen sehr schnell lief. Das größte bisher entdeckte Skelett ist 13 Fuß hoch. Der neue Skelettfund ist dem Museum in Auckland überliefert worden.

Zellulose aus Getreidehalmen. Eine Gruppe bekannter amerikanischer Kapitalisten hat sich zusammengeschlossen, um die Erfindung eines ungarischen Gelehrten, Dr. Bela Dornor, auszubenten. Es handelt sich dabei um die Gewinnung von Zellulose aus Getreidehalmen. Erschöpfende Prüfungen zeigen, daß eine vorzügliche Zellulose von derselben Güte, wie die aus Holz und Baumwolle, aus Stroh sehr viel billiger gewonnen werden kann. Ein fast wertloses Material, von dem große Mengen vorhanden sind, läßt sich also zu Kunstseide, Papier, Kinofilmen, Explosivstoffen und vielen anderen nützlichen Dingen verarbeiten. Die Kunstseide, die aus Stroh gewonnen wird, soll der aus Holz überlegen sein und der aus Baumwolle mindestens ebenbürtig. Man braucht drei Tonnen von Getreidehalmen gegenüber 2½ Tonnen Holz, um 1 Tonne Zellulose zu erzeugen, aber die Herstellung ist sehr viel billiger und eröffnet daher große wirtschaftliche Möglichkeiten.

Die Volksbühne veranstaltet am 9. im Theater am Schillbaurer Platz eine Bühnenaufführung der Schauspiel-Dramen von Schindlers „Der junge Schiller“, anschließend absurda comica oder „Der Peter Sauer“. Schauspiel in 2 Akten von Andreas Gryllbus. Beginn 8½ Uhr nachmittags.

Groß-Keller hat am 9., abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses aus eigenen Beuten. Eintritt 1 Mk.

Zoni Vollmuth, Labantischlerin, gibt am 8., 9., 10. Uhr ihren ersten Tanzabend in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Str. 131a.

Im Lesing-Museum findet zum 30. Todestage von Goethe am 7., 8. Uhr, ein Brahm-Sänger-Abend statt.

Humboldt-Hochschule. Dr. E. Gahn-Biener hält am 8., abends 8 Uhr, Tortheater 12, einen Vortrag „Von Kunst und Kunstwerk“. Karten 0,75 Mk. und 1.— Mk.

Bürgerblock gegen Reichseinheit

Politische Bedeutung des Finanzausgleichs.

Die Reichstagsmehrheit des Bürgerblocks hat unter dem Druck Bayerns den Finanzausgleich unverändert angenommen. Die Bayerische Volkspartei bildet innerhalb einer Rechtsregierung im Reich das Jünglein an der Wage. Sie kann deshalb mit der Drohung, die Regierungskoalition zu sprengen, einen weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehenden Einfluß ausüben.

Es kommt hinzu, daß alle bürgerlichen Parteien des ewigen Streites zwischen Reich und Bayern müde sind. Man anerkennt zwar, daß die Konflikte der letzten Jahre fast immer von Bayern hervorgerufen worden sind und das Reich im Recht war. Aber man fühlt sich nicht stark genug, den Konflikt auszutragen. Ebenso, wie man die Deutschnationalen mit der Republik auszuwählen trachtet, indem man sie zur Herrschaft in der Republik ausließ, will man die Bayern mit dem Reich auswählen, indem man ihnen den stärksten auf die Reichsgeschäfte einräumt.

Schließlich hat Bayern auf der ganzen Linie gesiegt. Alle seine Wünsche sind erfüllt worden. Durch die Erhöhung seiner Entschädigung aus der Biersteuer erhält es künftig eine Subvention von 45 Millionen Mark jährlich. Das ist eine Erhöhung um 28 Millionen; für das Jahr 1927 sogar um 37 Millionen. Durch die Aufrechterhaltung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes wird Bayern im Jahre 1927 aus Reichsmitteln einen Zuschuß von mindestens drei Millionen erhalten. Weitere drei Millionen erhält es auf Kosten der Industriestaaten durch eine auf die bayerischen Wünsche zugeschnittene Verteilung der Reichsteuern. Insgesamt also trägt Bayern eine Beute von 43 Millionen davon.

Bayern befindet sich in großer Finanznot, in weit größerer als irgend ein anderes Land. Es hat ein ungeheures Defizit von etwa 100 Millionen Mark. Seine Staatsverwaltung ist gewaltig aufgebläht und überaus kostspielig. Sie stammt zum Teil aus der Zeit der französischen Herrschaft und ihre Reorganisation begegnet großem Widerstand. Sie kostet deshalb ungeheure Summen. Als Anararant aber besitzt Bayern gegenwärtig eine geringere Steuerkraft als das übrige Reich, zumal die Bayerische Volkspartei alles getan hat, um große Teile der bayerischen Bevölkerung vollständig von der Einkommensteuer zu befreien und auch die bayerischen Landessteuern niedriger zu machen als in anderen Reichsteilen. Verarmen müßte man sich ferner, daß Bayern an die Kirche jährliche Subventionen in Höhe von 32 Millionen zahlt, so hat man einen Ueberblick über die wichtigsten Ursachen seiner schwachen Finanzlage.

Daher erzwang und nahm Bayern gerne die Hilfe des Reiches in Anspruch, zumal ohne sie die Herrschaft der Bayerischen Volkspartei auch in Bayern erschüttert worden wäre. Wenn aber jedes Land so unbekümmert um das Reich seine Ansprüche durchsetzen würde, dann wäre das Ende des Reiches bald erreicht. Bayerns Forderungen konnten nur erfüllt werden durch eine Schmälerung der Interessen des Reiches und auf Kosten anderer Länder. In den Debatten im Reichstag haben Preußen und Sachsen deshalb gegen Bayern Stellung genommen. Aber nicht nur um Preußen und Sachsen willen, sondern im Interesse des Reiches. Das Reich ist in erster Linie geschädigt. Es hat den Gedanken der gleichmäßigen Behandlung aller Länder preisgegeben, es hat parteipolitische Interessen halber den hohen Gedanken der Reichseinheit schwer erschüttert.

Diese Folgen des Finanzausgleichs bedrücken uns weit mehr als seine unaufrichtigen materiellen Wirkungen. Der Gedanke des Einheitsstaates ist im Wachsen begriffen gewesen und zu ihm bekennen sich heute Kreise, die ihn noch in der jüngsten Vergangenheit heftig bekämpft haben. Aus parteipolitischen Gründen ist in diese Entwicklung störend eingegriffen worden. Der Rechtsblock, aus der Furcht vor den sozialen Ansprüchen der schwachen unteren Volksschichten entstanden, kann seine Herrschaft nur aufrecht erhalten, wenn er an die rückständigen politischen Strömungen Konzessionen macht. Herrschaft des Rechtsblocks bedeutet also nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Rückschritt.

Zentrum und Preußenregierung.

Die Weimarer Koalition in Preußen bleibt.

Anlässlich des Rededuels zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und dem Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, Abg. Guérard, erschienen in einem Teil der Presse über die Aussichten der Regierungskoalition in Preußen die verschiedensten Mutmaßungen. Es gab Blätter, die das gegenwärtige Koalitionsverhältnis in Preußen bereits an ihrem Ende sahen und mit einem baldigen Eintritt der Deutschnationalen rechneten. All das sind — wie der „Parlamentarische Dienst“ des Zentrums in seiner jüngsten Ausgabe erklärt — banale Phantasien. Es ist nach der gleichen Quelle auch falsch, daß der Reichskanzler Marx selbst einen Schritt unternommen habe, um dem preußischen Zentrumsmittler und der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums zu bedeuten, daß die politischen Richtlinien des Zentrums in Preußen und im Reich harmonischer müßten. Wörtlich heißt es dann in dem „Parlamentarischen Dienst“ des Zentrums:

„Richtig ist vielmehr, daß sich die preußische Zentrumskraktion mit den in der Reichspolitik gegenwärtig schwebenden Fragen des Finanzausgleichs überhaupt noch nicht beschäftigt hat. Mit keinem einzigen Wort und mit keiner einzigen Handlung ist von Seiten des preußischen Zentrums irgendwie eine Einwirkung auf das Reichstagszentrum und seine politische Einstellung unternommen oder auch nur versucht worden. Daß die preußische Staatsregierung die jetzt vollzogene Regelung des Finanzausgleichs nicht in allem billigt, ist eine schon längst bekannte Angelegenheit. Die Stellung der preußischen Staatsregierung in diesen Dingen ist ja auch vor kurzem erst ganz offen im Haushaltsausgleich des Preussischen Landtags besprochen worden. Richtig ist allerdings auch weiterhin, daß die vom preußischen Ministerpräsidenten im Reichstag abgegebene Protesterklärung der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums nicht vorgelesen hat, deshalb auch gar nicht Gegenstand irgendeiner Stellungnahme bilden konnte und daß die Formulierung in der vom preußischen Ministerpräsidenten schließlich vorgenommenen Art auch den beiden preußischen Zentrumsmittlern nicht bekannt war.

Es trifft allerdings zu, daß im Zusammenhang mit diesen aus der Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten sich ergebenden

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Fortsetzung der Debatte im Reichstag. — Eine Zierde der Scharfmacher.

Der Reichstag setzte heute vormittag die erste Beratung des Arbeitszeitgesetzes fort. Es ist kennzeichnend für den Charakter der Deutschen Volkspartei, daß sie nicht einen ihrer zwei oder drei Konzeptionschulzen aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten als Redner vorschickte, sondern Herrn Dr. Pfeiffer, laut Reichstagshandbuch „Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes und anderer Verbände in Gotha“. Haben diese „Arbeitervertreter“ freiwillig aufs Wort verzichtet, oder sind sie von den in der Deutschen Volkspartei übermächtigen Unternehmeranwälten an die Wand gequetscht worden?

Abg. Pfeiffer (D. Sp.) behauptete, daß von den Gewerkschaften unnötige Erbitterung in den Streit um die Arbeitszeitfrage hineingetragen worden sei. Auch der Abg. Großmann habe aus einer wirtschaftlichen Frage eine parteipolitische Frage, ein Dogma gemacht. Die Deutsche Volkspartei wolle sich den vom Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen fügen, weil sonst zu befürchten sei, daß nachteilige Eingriffe in die deutsche Wirtschaft vorgenommen werden würden. Unter Heiterkeit der Linken verließ der Redner den

Büchlein eines Arbeiters, der behauptet, er wolle nicht, wie er seine freie Zeit bis zum Schlafengehen zubringen solle, und er möchte gern länger arbeiten.

Die Volkspartei stimme der Vorlage zu, wenn sie auch für größere Freiheit in der Bemessung der Arbeitszeit sei. Vor allem müsse man einen Unterschied zwischen den Bedürfnissen der großen und kleinen Betriebe machen. Wenn dieser Gesetzentwurf erledigt sei, müsse man auch einer Neuordnung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe nähertritten und dabei den Bedürfnissen der großen und kleinen Meister mehr Rechnung tragen. Mit der jetzigen Vorlage gehe Deutschland über das Washingtoner Abkommen hinaus, es sei zu befürchten, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verteuerung der Warenpreise führen werde. Obnehin seien doch in der letzten Zeit Lohnerhöhungen bewilligt worden, daß Bedenken entstehen, daß die deutsche Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt einbüße. Die Deutsche Volkspartei bemühe sich, einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter zu finden.

Abg. Räder (Komm.) meint, daß der vom Abg. Pfeiffer verlesene Brief wohl in irgendeinem Unternehmerverband fabriziert worden sei. Die deutsche Arbeiterchaft sei jetzt bereit, den Kampf auf einem Gebiet aufzunehmen, das von jeher eines ihrer wichtigsten Kampfgebiete war.

Der Kampf um den Achtstundentag sei ein Stück Kulturkampf.

Daß der nach der Revolution errungene Achtstundentag wieder verlorengegangen sei, daran trage die Sozialdemokratie mit Schuld. Auf eine Zwischenbemerkung des sozialdemokratischen Abgeordneten Lipinski ruft der Redner: Sei ruhig Lipinski. Du bist einer der größten Reaktionsäre! (Stürmische Zustimmung der acht Kommunisten, die gelangweilt dem Vortrag ihres Vertreters zuhören und Heiterkeit bei den wenigen sonst noch anwesenden Abgeordneten). Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen

Reinigungsverschiedenheiten eine gemeinsame Besprechung der Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums wie des Vorstandes des preussischen Landtagszentrums stattgefunden hat. Man hat damit lediglich die vor einiger Zeit mit außerordentlichem Nutzen ausgenommenen gemeinsamen Besprechungen zur gegenseitigen Information mit dem Zweck der Erzielung einer einheitlichen Stellungnahme fortgesetzt.

Die Parteileitung, insbesondere der Parteileiter und Kanzler Marx haben damit nur pflichtgemäß und im Interesse der Partei gehandelt. Von Reinigungsverschiedenheiten zwischen dem Reichstagszentrum und dem preussischen Landtagszentrum kann gar keine Rede sein.

Mit diesen bestimmten Erklärungen dürften die Mutmaßungen, wonach das Zentrum die preussische Koalition sprengen will, wohl erledigt sein.

Strefemanns Klage.

Beklemmungen wegen des drohenden Konkordats.

Die Deutsche Volkspartei hat dieser Tage eine sogenannte Kulturtagung abgehalten, bei der auch ihr Führer, der Reichsaußenminister Dr. Strefemann erschien und das Wort zu einer Ansprache nahm, die nach mehr als einer Seite Interesse verdient. Strefemann beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage des drohenden Konkordats mit dem Vatikan. Er befürchtet, daß neben den Vereinbarungen Bayerns mit der Römischen Kirche jetzt auch noch eine ähnliche Vereinbarung mit Preußen zustande käme. In diesem Zusammenhange gab er seinem besonderen Bedauern darüber Ausdruck, daß sein Parteifreund Dr. Boelzig nicht mehr an der Spitze des preussischen Kultusministeriums stehe:

Wenn unsere Partei in der Lage gewesen wäre, im Verlauf der letzten Jahre auf die Entwicklung praktisch stärkeren Einfluß zu nehmen, so wäre die Lage in bezug auf das preussische Konkordat eine andere als jetzt. Denn wegen dieser Frage die Volkspartei auszuschalten, hätte eine ganz andere Bedeutung in der Öffentlichkeit gehabt als jetzt, wo die preussischen Koalitionsparteien unter sich sind. Es fragt sich noch das eine, was von unserer Seite aus geschehen kann, um diese Entwicklung zu hemmen, die vielleicht für eine ganze geschichtliche Periode unseres Geisteslebens bestimmend ist. Ich möchte das eine sagen: Daß diese Fragen ausgetauscht sind, bedauere ich dann nicht, wenn sie auch ausgefochten worden. Es ist auch für die deutsche politische Erziehung ein Plus, wenn einmal der deutsche Bürger erfährt, daß es noch andere Dinge als Handelsverträge, Hauszinssteuer usw. gibt. (Lebhafte sehr richtige!) Ich glaube, hier bietet sich für uns ein sehr großes Feld der Betätigung. Ich weiß nicht, ob wir parlamentarisch stark genug sind, diese Dinge zu hindern. Aber ich entfinne mich aus der Geschichte der nationalliberalen Partei, daß einmal ein Schulgesetz gefallen ist, trotzdem die Mehrheit dafür war. Das war, als Bismarck dazu aufrief, die liberalen Parteien zu einigen und alles zurückzustellen gegenüber dieser Frage. Damals ist die Bewegung weit über die Meere gegangen, das Auslandsdeutschland hat sich daran beteiligt und wurde hingerissen durch die Bewegung in Deutschland. So sollten wir auch jetzt andere Fragen geringer Schätze und die Parteiarbeit einmal ganz bewußt auf diese Frage hinlenken. Ich bin der Ueberzeugung, daß unser Einfluß in diesen Fragen weit hinaus geht über die Grenzen der Partei. Wir werden durch unsere Stellung bestimmen können, was andere große Parteien in diesen Fragen tun. Es gibt große bürgerliche Parteien, die es nicht wagen können, in dieser Frage reaktionäre Wege zu gehen, wenn wir dagegen protestieren, weil dann Millionen ihrer Wähler zu uns kommen.

Diese Stellungnahme Strefemanns hat ihre besonderen Reize. Sein Bedauern über das Ausscheiden des Dr. Boelzig

gegen die Regierungsvorlage, die den bisherigen Zustand noch verschlechtert. Auch der sozialdemokratische Entwurf bringe keine wesentlichen Besserungen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

wirft dem kommunistischen Redner vor, er habe sich bei der Besprechung der Vorlage Uebertreibungen zu schulden kommen lassen. Seinen Angaben sei kein voller Glaube zu schenken, erhalte doch auch ein von der kommunistischen Fraktion zu dem im Ruhrkohlenbergbau gefällten Schiedspruch erst vor wenigen Tagen eingebrachter Antrag falsche Angaben. Herr Räder habe auch die Verbesserungen verschwiegen, die der Schiedspruch bringe. Im Bergbau hätten die Arbeiter bisher lieber zweimal vier anstatt vier mal zwei oder gar sechs mal eine Ueberstunde in der Woche entrichtet und das werde jetzt gesetzlich geregelt.

Die Verbindlichkeitsklärung sei oft deshalb ausgesprochen worden, weil sie mehr gebracht habe, als wenn der Streit durch Kampf ausgetragen worden wäre. In den Jahren 1923 und 1924 sei gerade durch die Verbindlichkeitsklärung verhindert worden, daß die Lage der Arbeiter sich noch mehr verschlechterte. Gegenüber dem Abg. Großmann behauptet der Minister, für die Ausführung des Washingtoner Abkommens lägen die Hemmnisse jetzt viel mehr auf englischer als auf deutscher Seite, wie besonders der Kohlenbergbau zeige, wüßte Deutschland die Arbeitszeit verkürzen, während sich in England die entgegengesetzte Entwicklung zeige.

Dem Abg. Pfeiffer hält der Minister vor:

Die Rationalisierung hat bisher noch nicht erkennen lassen, daß die Unternehmer auch die Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit an ihren Ergebnissen teilnehmen lassen wollen, daher müsse die gesetzliche Regelung kommen.

Die Unternehmer lassen sich noch viel zu sehr von der Auffassung leiten, daß sie den Schwierigkeiten in der Produktion durch Überlange Arbeitszeit und geringe Arbeitslöhne beikommen können. Der Minister sprach schließlich den Wunsch aus, daß die Vorlage noch vor der Osterpause verabschiedet werde.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) verweist auf die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1925, aus denen sich zahlreiche Ueberschreitungen der Arbeitszeit ergeben. Im Jahre 1926 über das die Berichte noch nicht vorliegen, seien die Verhältnisse gewiß nicht besser geworden. Erst als die Gewerkschaften ihren Vorstoß gegen das Ueberarbeitsumwehen unternommen hatten, fanden sich die Unternehmerorganisationen zu tariflichen Vereinbarungen bereit. Die jetzige Vorlage zeige, daß die verschiedenartigsten Kräfte daran mitgearbeitet hätten und

daß darin die Forderungen der christlichen Arbeiter, bei denen außerordentlich große Unzufriedenheit über die bisherigen Zustände herrsche, am wenigsten berücksichtigt worden seien.

Die Angestellten sollen überhaupt nicht in die Regelung der Arbeitszeitbestimmungen einbezogen werden, trotzdem das vorher mit den Demokraten vereinbart worden sei.

aus dem preussischen Kultusministeriums kommt reichlich spät. Denn die Volkspartei hat ihre Stellung in Preußen freiwillig aufgegeben, um der noch reaktionären deutschnationalen Bruderpartei die Bahn zu öffnen. Es war keine Rede davon, daß etwa wegen ihres kulturpolitischen Standpunktes die Volkspartei ausgeschaltet worden wäre, wie man aus den Ueberzeugungen Strefemanns entnehmen könnte. In Preußen begann nur das Spiel, freilich ohne Erfolg, das Herr Scholz in Ansternburg dann um so erfolgreicher für das Reich einleitete.

Jetzt ist Strefemann den innersten Reigungen folgend, mit den Deutschnationalen zusammen in der Reichsregierung, wobei sein Einfluß rein zahlenmäßig allerdings um ein Drittel verkürzt worden ist. Und die Volkspartei sitzt jetzt auf den Scherben ihrer Politik fest, wie Marius auf den Trümmern von Karthago.

Es ist ein neckisches Spiel des Zufalls, daß Strefemann für seine Partei jetzt keinen anderen Ausweg sieht, als eine neue große „Kulturaktion“ mit dem Ziele, den deutschnationalen Verbündeten ihre Wähler abzugeben. Das mag von seinem Standpunkte aus eine Notwendigkeit sein, dem Außenstehenden aber erscheint es als ein sehr durchsichtiger Versuch, die Aufmerksamkeit von der arbeitserfeindlichen Wirtschaftspolitik der Volkspartei abzulenken und die Fahne des Kulturkampfes zu schwenken.

Strefemann beim „Bismarcktag“

Am gleichen Sonntage, an dem Strefemann die Kampfanalyse gegen Zentrum und Deutschnationale erklären ließ, sprach er dann noch in Hannover als Vertreter der Reichsregierung auf einem von deutschnationaler Seite veranstalteten „Bismarcktag“. Daß die Reichsregierung sich bei dieser Veranstaltung vertreten ließ, bezeichnete er als „ein Symbol“. Das scheint uns auch so. Es ist sicher nicht ohne Interesse, daß der Zentrumskanzler Marx seine Zustimmung zu einer solchen Kundgebung für den gleichen Bismarcktag gibt, der den Kulturkampf in Deutschland einleitete, zahlreiche katholische Geistliche einsperren ließ, und das Zentrum Windthorst als Reichsfeinde zu behandeln pflegte.

Und es ist weiter amüßant zu beobachten, wie Bismarck gerade von dem Führer der Nationalliberalen gefeiert wird, denen er zu seinen Lebzeiten mit Vergnügen attestierte, daß er sie an die Wand quetschen wolle, daß sie quetschen!

Bravo, Herr Polizeipräsident!

Der „Boche“ aus dem Film verbannt.

Der Polizeipräsident von Paris hat eine Verfügung erlassen, daß in Zukunft auf Filmen, die in der französischen Hauptstadt laufen, das Wort „Boche“ nicht mehr auf der Leinwand erscheinen darf, sondern durch das Wort „Allemand“ zu ersetzen ist. Diese Verordnung trifft vor allem die leider noch immer nicht ausgerotteten Kriegsheldfilme, die hauptsächlich amerikanischer Herkunft sind, wie „Die große Parade“, die deutsche „Kriegsverbrechen“ in verheißender Weise darstellt.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieses begrüßenswerte Vorgehen des Pariser Polizeipräsidenten den französischen und deutschen Nationalisten gleich unangenehm ist. Denn alles, was zur Völkerveröhnung beiträgt, ist bekanntlich verdammenswert. Immerhin zeigt sich die Pariser Polizei in diesem Falle bedeutend verständiger, als die deutsche Filmoberprüfstelle, die Hugenberg's Tendenzfilm „Land unterm Kreuz“ zugelassen hat, und die deutsche Bürgerblockregierung, die festerlich an der Eröffnung dieses schändlichen Filmes teilgenommen hat.

Das Urteil der Unternehmer.

Das Kompromiß besser als der Regierungsentwurf.

In der Presse des Bürgerblocks bemüht man sich um den Nachweis, daß das Kompromiß der Regierungsparteien in der Frage der notwendigen Regelung der Arbeitszeit eine Verbesserung des ursprünglichen Entwurfs der Regierung sei, den alle Gewerkschaften, sowohl die christlichen wie auch die freien und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften als völlig ungenügend abgelehnt hätten. Herr Stegerwald hatte seinerzeit im Namen der christlichen Gewerkschaften angekündigt, daß dieser Gesetzentwurf selbstverständlich erheblich verbessert würde und daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter im Reichstag ihre Koalitionsgenossen aus dem Unternehmerlager zwingen würden, den Entwurf ganz erheblich zu verbessern. Wie steht es mit diesen Verbesserungen aus? Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hat sich gleichfalls mit einer Rundgebung an die Öffentlichkeit gewandt. In dieser Rundgebung heißt es:

„Wenn auch der Gesetzentwurf in der jetzigen Fassung gegenüber der früheren Vorlage gewisse Verbesserungen hinsichtlich der Möglichkeit volkswirtschaftlich notwendiger Mehrarbeit zuläßt, so bleibt doch bestehen, daß eine sachliche Notwendigkeit für eine solche Augenblickslösung nicht vorliegt.“

Natürlich muß der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages gegen die Vorlage zu Felde ziehen, weil das nun einmal zur Last der Unternehmer gehört, auch dann zu schreien, wenn man ihnen Geschenke macht. Aber das Eingeständnis, daß das Kompromiß „gegenüber der früheren Vorlage gewisse Verbesserungen hinsichtlich der Möglichkeit volkswirtschaftlich notwendiger Mehrarbeit“ enthält, beweist am besten, daß der Kompromißentwurf nicht den Wunschzustand wiederherstellt, sondern, daß er noch hinter dem ursprünglichen Entwurf der Regierung zurückbleibt. Mit diesem Urteil des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages ist der Kompromißentwurf verurteilt.

Engländer gegen Verbindung mit Moskau.

Klage Anweisungen für den Hausgebrauch.

Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes (T.U.C.) hat beschlossen, daß die Gewerkschaftskartelle, die der kommunistischen Widerbewegung angeschlossen sind, Gruppen dieser Bewegung rekrutieren oder irgendwie mit ihr verbunden sind, vom Generalrat nicht anerkannt werden und auch nicht das Recht haben, an irgendwelcher unter Leitung des Generalrates stehenden Arbeit teilzunehmen.

Citrine, der Generalsekretär des T.U.C., erläutert im „Daily Herald“ diesen Beschluß dahin, daß damit (wie übrigens auch in anderen Ländern) die Möglichkeit der individuellen Mitgliedschaft bei der kommunistischen Partei nicht ausgeschlossen ist, da sich der T.U.C. als rein wirtschaftliche Organisation nicht mit der politischen Einstellung der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen befaßt.

Der Beschluß ist kein übereilter. Bereits vor einem Jahre versuchte der Generalrat alle angeschlossenen Organisationen dahin zu bringen, daß sie ihre Ortsgruppen zum Anschluß an die örtlichen Gewerkschaftskartelle veranlassen. Einige Verbände wandten dagegen ein, daß dies in einigen Fällen den Anschluß an Kartelle bedeuten würde, die der kommunistischen Widerbewegung angehören. Aus diesem Grunde hat nun der Generalrat verfügt, daß die Mitgliedschaft bei der Widerbewegung durch Gewerkschaftskartelle nicht mit der Politik des T.U.C. zu vereinbaren ist.

Streikbeschluß Berliner Landschaftsgärtner.

Die Unternehmer müssen sich entscheiden.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, die gestern in Havelands Festhallen stattfand, beschlossen die Berliner Landschaftsgärtner einstimmig, am Donnerstag früh in den Streik zu treten, falls bis dahin eine Einigung in der Lohnfrage nicht herbeigeführt ist.

Obwohl der Verband der Gärtner den bestehenden Lohnsatz zum 15. März gekündigt hatte und eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. als Forderung den Unternehmern unterbreitete, haben diese es verstanden, die Verhandlungen immer wieder hinauszuziehen. Ihr letztes unverbindliches Angebot war eine sofortige Lohnerhöhung von 5 Proz. und eine eventuelle Zulage ab 1. Oktober von 1 1/2 bis 2 1/2 Pf. Dieses ungenügende Angebot ist von den Landschaftsgärtnern einstimmig abgelehnt worden, da gegenwärtig noch nicht einmal die Löhne gezahlt werden, die die Unternehmer im Herbst 1925 selbst bewilligen wollten, wenn ihnen Konzessionen bei der Lohnreduzierung einzelner Gruppen zugestanden worden wären.

Die Landschaftsgärtner beschlossen deshalb ihre Forderung auf Lohnerhöhung um 5 Proz. zu reduzieren, aber an der Lohnerhöhung von 10 Proz. unbedingt festzuhalten, und diese Lohnerhöhung eventuell durch Niederlegung der Arbeit durchzusetzen. Am Mittwoch werden die Arbeiter der Landschaftsgärtner in einer Versammlung in Döhrings Festhallen die entsprechenden Maßnahmen zur Durchführung des Streiks beschließen, falls die Unternehmer bis dahin die Forderung nicht bewilligt haben.

Siemens sperrt aus.

Er muß aber dafür zahlen.

Die Arbeiter der Eisengießerei der Firma Siemens u. Halske hielten eine Werkstattoberversammlung ab. Sie fand gleich nach Feierabend außerhalb des Betriebes statt. Einige Tage nach der Versammlung schrieb die Firma an den Vorsitzenden des Betriebsrats:

„Unter Bezugnahme auf die vor einiger Zeit mit Ihnen gehaltene Besprechung stellen wir hiermit fest, daß als Folge der am Dienstag abgehaltenen Werkstattoberversammlung am Mittwoch wieder ein großer Teil der Belegschaft nicht im Vollbesitz ihrer Arbeitskräfte war, so daß die Produktion an diesem Tage um etwa 25 Proz. zurückgegangen ist. Derartige Ausfälle drücken selbstverständlich auch die Verdienste der Akkordarbeiter, auch die Qualität des fertigen Gusses gemindert dadurch sicherlich nicht.“

Der Betriebsratsvorsitzende verlas das Schreiben in der Gießerei während der Frühstückspause. Die Arbeiter waren über den Inhalt des Schriftstückes empört, denn die Behauptung der Firma, ein großer Teil der Belegschaft sei infolge der Versammlung am nächsten Tage nicht im Vollbesitz seiner Arbeitskraft gewesen, konnte doch nur so verstanden werden, daß die Versammlung in ein Saufgelage ausgeartet sei und die Betreffenden die Folgen des Rausches noch am folgenden Tage nicht überstanden hätten. — Die Arbeiter verlangten, die Firma solle doch die Namen derjenigen nennen, deren Arbeitsleistung so erheblich zurückgegangen sei. Aber die Firma tat das nicht, sie konnte es auch nicht, denn ihre Behauptung war nichts als leeres Gerede. Wenn übrigens an dem Tage nach der Versammlung für die Gesamtheit der Former eine Niederleistung festgestellt worden sein sollte, so würde diese darauf zurückzuführen sein, daß an dem betreffenden Tage von etwa 60 Formern acht Mann fehlten. Sie waren zum Teil beurlaubt, zum Teil entschuldigt, jedenfalls hing ihre Abwesenheit in keiner Weise mit der Versammlung zusammen.

Die Arbeiter fühlten sich durch das Verhalten der Firma so verletzt, daß sie beschlossen, zum Protest nach der Frühstückspause die Arbeit 15 Minuten ruhen zu lassen. Dieser Beschluß wurde denn auch gegen den Widerspruch der Betriebsleitung ausgeführt. Als sich die Arbeiter nach Beendigung der Protestkundgebung zur Weiterarbeit anschickten, wurden sie von der Betriebsleitung für den Rest des Tages ausgesperrt. So wollte die Firma die Arbeiter bestrafen, die gegen eine ihnen zugelegte Beleidigung protestiert hatten. Aber es kam anders.

Die Arbeiter klagten im Bestande eines Verreteters des Metallarbeiterverbandes beim Gewerbegericht den Lohn für die Zeit der Aussperrung ein. Der wurde ihnen auch zugesprochen, da die Protestkundgebung nicht als beharrliche Arbeitsverweigerung anzusehen ist und die Firma die angebotene Arbeitsleistung abgelehnt hat.

Lohnkonflikt in den Buttergroßhandlungen.

Organisationsfeindliche Unternehmer.

Für die Arbeiter der Berliner Buttergroßhandelsfirmen, die ihre Löhne über ganz Berlin verteilt haben, besteht seit dem Jahre 1925 keine tarifliche Lohnvereinbarung mehr, da in diesem Jahre die Firmen aus dem Arbeitgeberverband des Berliner Großhandels ausgetreten sind. Der Verbandsrat hat schon mehrmals versucht, zu einem Tarifabschluß zu kommen. Obwohl die Firmen von sich aus die im Großhandel vereinbarten Löhne zahlen, weigerten sie sich bisher hartnäckig, diese Löhne tariflich zu vereinbaren.

Vor kurzem suchte der Verbandsrat wieder Verhandlungen nach. Er forderte den Abschluß entweder eines Kollektivvertrages oder einzelner Haustarife und eine der Leistung entsprechende Lohnerhöhung. Die namhaftesten Firmen lehnen jedoch nach wie vor jede Verhandlung mit der Organisation ab. Einige bekannte Firmen erklärten ihren Arbeitern sogar, daß sie ihnen eine zehnprozentige Lohnerhöhung gewährt hätten, wenn sie nicht organisiert wären, daß sie aber mit der Organisation nichts zu tun haben wollten. Sie versuchten somit, ihre Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen.

Der Verbandsrat hat nunmehr den Schlichtungsausschuß zur Vermittlung angerufen und wird bei den kommenden Verhandlungen mit diesen Scharfmachern ein erstes Wort über ihr organisationsfeindliches Verhalten reden. Sollten auch diese Verhandlungen an der Hartnäckigkeit der Unternehmer scheitern, so wird die Organisation mit den Belegschaften ernstere Maßnahmen beraten. Bei dem guten Organisationsverhältnis der Arbeiter und der zurzeit günstigen Geschäftslage ist mit einem ersten Konflikt zu rechnen, wenn die Unternehmer nicht endlich ihren bisherigen Standpunkt revidieren. Im übrigen dürfte es auch die Öffentlichkeit interessieren, die Namen der arbeitgeberfeindlichen Firmen kennen zu lernen, die hauptsächlich auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind.

Erstklassige Entwicklung im JDA.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hat am 31. März 1927 ihre Duratals-Generalsoberversammlung für das 1. Quartal abgehalten. Die Generalsoberversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Genosse Göttsch, geleitet. Die Generalsoberversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Genosse Göttsch, geleitet. Die Generalsoberversammlung wurde von dem Vorsitzenden, Genosse Göttsch, geleitet.

Der erste Vorsitzende, Genosse Göttsch, konnte in seinem Geschäftsbericht über das erste Quartal von einer außerordentlich regen Organisationsarbeit berichten. Der größte Teil der Arbeit des Quartals war in organisatorischer Beziehung den Vorbereitungen zum Verbandstag gewidmet. Konferenzen in größerem Umfang und großer Zahl haben aus dem gleichen Grunde stattgefunden.

In der Jugendarbeit, in der Rechtsabteilung, in den Bezirken wurde eine rege Tätigkeit entfaltet. Der Höhepunkt der Arbeit liegt jedoch bei den zu vereinbarenden neuen Tarifverträgen, bei denen es darauf ankommt, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Gehälter zu erreichen. Das Maß der Erfolge, insbesondere bei der Wiedervereinigung des Lichtundentages ist einzig und allein abhängig von dem Grade der Aktivität der Gewerkschaftsmitglieder. Es wird erwartet, daß die Angestellten die noch notwendige Organisations- und Initiationsarbeit leisten, um die Voraussetzungen für erforderliche Kämpfe günstiger zu gestalten. Die Mitgliederbewegung im abgelaufenen Quartal war durchaus günstig. Zahlen konnten wegen des frühen Termins der Generalsoberversammlung noch nicht bekanntgegeben werden.

In der Diskussion konnte es sich ein Vertreter der sogenannten „Opposition“ nicht verfangen, gegen die zurecht erfolgte Ungünstigkeitsklärung eines Wahlvorschlages zum Verbandstag Protest zu erheben. Die Versammlung war nicht geneigt, den Ausführungen dieses Redners zu folgen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die Anträge zum Verbandstag behandelt. Die von der Ortsverwaltung zur Verbesserung der Organisationsarbeit vorgelegten Anträge

wurden angenommen. Einige andere Anträge, deren „oppositioneller“ Charakter und deren Herkunft unmerkbar waren, verfielen der Ablehnung. Abgelehnt wurden auch zwei Anträge, die eine Aufhebung des Kasseler Verbandstagsbeschlusses bezüglich der Funktionstätigkeit von Mitgliedern der SPD. verlangten. Entschlüsse zur Bildungsarbeit und zum Pressewesen wurden einstimmig gutgeheißen. Die außerordentlich arbeitsreiche Generalsoberversammlung wurde von neuem eine starke innere Geschlossenheit in der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten und die Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Opposition.

Die Bewegungen im Rheinland.

Bisher erfolgreich verlaufen.

Köln, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die langsam anhaltende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Rheinland hat in einer Reihe von Gewerben und Berufsgruppen die Arbeiter zu Lohnforderungen veranlaßt. Ein Teil der bisher eingeleiteten Bewegungen konnte bereits erfolgreich beendet werden, während in anderen Wirtschaftszweigen die Verhandlungen noch andauern.

In der Kölner Metallindustrie wurden durch Vereinbarung der Tarifkontrahenten die Löhne der Hilfsarbeiter ab 1. April um 12 Proz. und die Tariflöhne der übrigen Gruppen um 8 Proz. erhöht. Die Akkordarbeiter erhalten eine Zulage von 4 Pf. pro Stunde, Lohnsacharbeiter und Hilfsarbeiter, die bisher über Tariflohn entlohnt wurden, erhalten eine Zulage, die mindestens 4 Pf. beträgt. Die Einzelvereinbarung erfolgt in den Betrieben.

In der Aachener Metallindustrie scheint es dagegen zu Konflikten zu kommen. Dort haben die Arbeiter mit großer Mehrheit den gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Hauptdifferenz ist die Urlaubsfrage.

Im Kölner Damenschneidergewerbe wurde nach monatelangen Verhandlungen ein neuer Tarif abgeschlossen, der sowohl für die Damenschneiderei als auch für die Herrenschneiderei ein 7prozentiges Lohnerhöhung bringt und außerdem die Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche sicher. Die Arbeitszeit betrug bisher 53 Stunden. Für die über die festgesetzte Arbeitszeit geleisteten Ueberstunden soll in Zukunft ein Ueberstundenzuschlag gezahlt werden. Alle übrigen Bestimmungen des alten Vertrags, besonders die über den Urlaub, bleiben in Kraft.

In der Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrie ist der Konflikt noch nicht beendet. Auch die Hafenarbeiter in Duisburg, Köln und Mannheim sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die schlesischen Metallindustriellen sperren aus.

Görsch, 4. April. (W.T.B.) Der Verband der niederschlesischen Metallindustriellen hat, nachdem die Gewerkschaften noch während der schwebenden Verhandlungen Teilstreiks angeordnet haben, die Aussperrung eines großen Teiles seiner Betriebe für Montag abend beschlossen. Weitere Aussperrungen sollen folgen, falls eine Einigung in den nächsten Tagen nicht erzielt wird. Der Verband der niederschlesischen Metallindustriellen erklärt sich bereit, die Aussperrung aufzuheben, wenn seitens der Gewerkschaften die Teilstreiks aufgehoben werden.

Anmerkung der Redaktion: Die Metallindustriellen erklären sich aber nicht bereit, den Forderungen der Arbeiter zuzustimmen. Sie sind nur bereit, die Metallarbeiter zu den alten Bedingungen weiterarbeiten zu lassen. Die Industriellen sind zu gültig.

Feierschichten im Saarbergbau.

Saarbrücken, 2. April. (W.T.B.) Wie wir hören, hat die Saarbergbauverwaltung wegen Abfahrschwierigkeiten für den 4. und den 16. April eine Feierschicht im ganzen Revier angeordnet. Bereits am 28. März wurde eine Feierschicht im Saargebiet verfahren.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik.

New York, 4. April. (W.T.B.) Genaue Schätzungen über die Auswirkungen des Kohlenstreiks sind noch nicht möglich. Auf beiden Seiten ist man entschlossen, den Kampf durchzuführen. Fünf kleine Gruben im Staate Ohio mit einer Belegschaft von insgesamt 300 Mann zahlen die bisherigen Löhne weiter. Vor den Gruben der Pittsburg Terminal Coal Corporation sind Streikposten aufgestellt worden.

Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte!

Der nächste arbeitsrechtliche Informationsabend für Betriebsräte findet am kommenden Dienstag, dem 5. April, abends 7 Uhr, im Hörsaal der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. Treppe, rechts, statt. Die Leitung des Abends hat der Genosse Dr. Bröcker vom Vorstand des ADGB. Wichtige arbeitsrechtliche Themen können von den Besuchern selbst aufgeworfen und zur Besprechung gestellt werden. Die Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte werden gebeten sich zahlreich zu beteiligen.

Gesperrter Gastwirtsbetrieb. Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Gastangestellten wird uns berichtet: Der Gastwirt Ernst Rewes, Haderpeter „Zum guten Hapen“, Reulöden, Hermannstr. 160, am Bahnhof Hermannstr., ist ein Unternehmer, der „grundsätzlich“ nur gewerkschaftlich unorganisiertes Personal beschäftigt. Der Kellner Boigt erlaubte sich die Zeilung, die organisierte Arbeiterschaft sei viel zu ohnmächtig, eine Sperre gegen Rewes und seine gelben Kellner durchzuführen. Rewes selbst wird sich beim Gastwirtsverein erkundigen, ob er das Recht hat, „Selbst“ zu beschäftigen. Vom J.A. wird ihm das Recht nicht abgesprochen. Die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten werden es sich aber überlegen, ob sie ihre Gegner mit ihren Groschen beschäftigen werden. Der Betrieb ist gesperrt.

Verantwortlich für Politik: Wladimir Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbäcker; Gewerkschaftsfragen: Fritz Schärer; Kultur: R. B. Meyer; Soziale und Sonstige: Fritz Schärer; Anzeigen: E. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Formdruks-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Formdruks-Verlag und Verlagsanstalt Paul Gieser u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Seite 1 Beilage.

LOESER & WOLFF

Glanzstücke auf dem Gebiete der Zigarrenindustrie sind unsere Spezialitäten:

Nr.10 Unsortiert 10 1/2 Grillenfänger 15 1/2 Schloß Rottersheim 30 1/2
II. Sortierung mittel 12 1/2 Donna Lucia 20 1/2 Hauptfabrik 40 1/2

Akkurateste Arbeit, edelstes Rohmaterial, guter Geschmack - die Merkmale unserer Fabrikate!

Geschenkpäckungen in großer Auswahl!

DIE WELTMARKE!

Amerika im Berliner Wohnungsbau.

Erklärungen des amerikanischen Konsortiums.

Am gestrigen Sonntag hat das Amerikanische Finanz- und Baukonsortium über seine Pläne und Angebote gegenüber der Stadt Berlin nähere Aufklärungen gegeben. Der bautechnische Sachverständige des Konsortiums Prof. Barning unterstrich mit Nachdruck die Vorteile der anzuwendenden amerikanischen Methode, daß ein und dieselbe Hand das zum Bauen notwendige Geld beschaffe und die Bauten zugleich ausführen würde; damit das gewöhnliche Bauverfahren in allen Teilen geschlossen in einer Hand liege und so alle Chancen des rationellsten Materialeinkaufs und der rationellsten Planung und Bauausführung voll ausgenutzt werden könnten. So seien alle am Bauwesen beteiligten Faktoren im Gegensatz zu der bisher in Deutschland üblichen Methode vor die Lösung einer großen Aufgabe gestellt. Allein durch die konsequente Auswertung dieser Tatsache sei das Angebot an die Stadt Berlin möglich gewesen, eine beliebige Anzahl von Wohnungen auf irgend einem geeigneten Gelände zu einem Preise zu errichten, daß die Stadt Berlin diese Wohnungen zu einer Miete von 120 Prozent der Friedensmiete vermieten könne. Danach hat das amerikanische Konsortium seine ursprüngliche Forderung nach einer 10% Prozent Verzinsung und Amortisation des Kapitals in eine Forderung nach einem Anteil an der Mietenforderung umgewandelt. Das bisher genannte Schöneberger Projekt bedeutet dabei nur das Beispiel, an dem das Vorgehen des Konsortiums klar gemacht werden soll.

Besonderen Nachdruck legt das Konsortium auf die Feststellung, daß die von ihm gebauten Wohnungen ohne jegliche Inanspruchnahme der Hauszinssteuer oder sonstiger öffentlicher Gelder errichtet würden, wobei auch von dem zukünftigen Mieter außer der Normalmiete von 120 Prozent ein Zuschuß zu zahlen wäre. Auf der anderen Seite stehe es der Stadt Berlin frei, den gesamten fertiggestellten Wohnungskomplex zu einem von ihr zu bestimmenden Zeitpunkt zu übernehmen. Die Sorge, daß der Baustoffmarkt wegen des amerikanischen Projektes mit seinen Preisen schnell in die Höhe gehe, teilt das Konsortium nicht. Ueberdies seien die Organisationsmaßnahmen, vorsorglich bereits so getroffen, daß nach dieser Richtung hin Schwierigkeiten nicht zu befürchten seien. Prof. Barning betonte, daß infolge dieses klaren Angebotes gerade in den letzten Tagen die Verhandlungen mit der Stadt Berlin ein gutes Stück vorangekommen seien.

Aus den weiteren Erklärungen, die von den Mitgliedern des amerikanischen Konsortiums selbst abgegeben wurden, sind folgende Dinge von besonderer Wichtigkeit: der Plan sehe Zwei- bis Dreizimmerwohnungen vor, wobei man bemüht sei, die Zahl und den Preis der Zweizimmerwohnungen durch die Ausnutzung der Vorteile, die die Dreizimmerwohnungen kostengünstiger bieten, günstig zu halten. Die Firma Chapman u. Co. sei die bedeutendste Baufirma der Vereinigten Staaten und verfüge auch über jene 40 Millionen Dollar bzw. entsprechende Sicherheiten, die zur Finanzierung des ganzen Projektes notwendig sind. Sie hat durchaus die Absicht, nicht nur in Berlin, sondern überall im Reich zu bauen. Käme das Berliner Projekt zur Durchführung, so würde eine Aktiengesellschaft deutschen Rechts errichtet, die als Bauherr auftritt. Gegenüber der Stadt Berlin seien die Verhandlungen auf dem Punkte angehängt, daß man die normale Dreizimmerwohnung zum Mietpreise von 1200 Mark oder 120 Prozent zur Friedensmiete vermieten könne, wobei die Stadt Berlin 260 Mark für Verwaltungs- und Amortisationskosten verlange, während 940 Mark vom Mietpreise an die amerikanische Gesellschaft zu zahlen sein würden. In der Hand der Stadt Berlin liege es, wie lange die Pacht gezahlt würde. Je länger der Pachtvertrag lautet, desto niedriger sei natürlich die Abschlagssumme und je kürzer er laufe, desto höher sei die Summe, die die Stadt Berlin beim Erwerb der Häuser zu bezahlen hätte. Es sei durchaus die Absicht und schon jetzt vorgesehen, die bei der Durchführung des Baues sich herausstellenden Sondergewinne zwischen der amerikanischen Gesellschaft, den Bauausführenden und auch der Stadt Berlin zu teilen. Es sei auch selbstverständlich, daß die Stadt Berlin nicht nur bei der Planung, sondern auch während der Bauausführung eine ständige Kontrolle ausüben werde, so daß für die Qualität und der Langlebigkeit der Bauten alle Garantien gegeben seien.

Käme das Schöneberger Projekt zur Durchführung, so würden 1100000 qm Gelände zu erwerben sein, davon 300 bis 330000 qm mit Gebäuden bestellbar, während das Uebrige für Straßen- und Parkanlagen zwischen den Hochhäusern verwendet würde. Die Bauausführung wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Der Plan sieht tatsächlich Dampfheizung und Warmwasser für jede Wohnung vor.

Der Magistrat Berlin hat zu dem so abgeänderten Projekt noch keine Stellung genommen.

Problem heranzubringen. Der Siebzehner-Ausschuß des Reichstages forderte, 150 Millionen für die Kriegsbeschädigten in den Etat einzufügen und die Novelle bis Beginn der Sommerferien zu verabschieden. Die Angelegenheit wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen, der sie ablehnte. Dies charakterisiert ungefaßlich die augenblickliche Situation. Die Forderungen der Kriegsbeschädigten können daraufhin formuliert werden: Aufbesserung der Rentenversicherung, besonders die der 30 bis 70 Proz. Kriegsbeschädigten, Verschwinden der Dreiteilung bei der Hinterbliebenenversorgung und eine neue Zahlung an die bereits mit 20 Proz. Abgelendeten, es sind also Forderungen, die durchaus im Bereich des Erfüllbaren liegen, auch wenn man die augenblickliche Finanzlage des Reichs berücksichtigt. Noch reformierungsbedürftiger und schwankender als die Rentenzahlung ist der ganze Fragentopfer, der sich um die Heilbehandlung der Hinterbliebenen gruppiert. Hier ist bis jetzt keine Klärung geschaffen worden. Die Kriegerrümpel hat dieselben wahlwerbenden Rechte an den Staat wie die Beamtenwitwen, denn ihr Mann ist während eines Dienstes, den er dem Staat leistete, gestorben. Trotzdem hat man sich zu keiner definitiven Regelung entschließen können. Die Regierung hat die Heilbehandlung an die einzelnen Bezirke und Länder verwiesen mit der Bemerkung, die Frage mit den Krankenkassen individuell zu regeln. Die Resultate sind erbärmlich.

In der darauf folgenden Diskussion sprach man über die Berufsausbildung der Kriegerrümpel. Frau Barth führte aus, daß oft schon die Lehrlingsbeihilfe verweigert wurde und daß auch Gesuche auf Freischule manchmal abgewiesen werden. Ein anderer Fall erregte starke Mißbilligung. In Berlin fallen in einer Reihe von Betrieben Kriegsbeschädigte unter die Mindestlosgesetz, d. h. ihr Lohn und Gehalt darf einschließend der Renten nicht den gewöhnlichen Lohn übersteigen, trotzdem das Reichsversicherungsgesetz vorschreibt, daß die Renten bei der Gehaltsberechnung nicht in Betracht gezogen werden dürfen. Stadinspektor Reumann-Lichtenberg wies dann noch darauf hin, daß die Heilfürsorge im Reich viel zu wünschen lasse, daß sie aber in Berlin selbst durchaus diskutierbar sei. Er wie auch Amtmann Soeße vom Landeswohlfahrts- und Jugendamt Berlin betonten, daß die Städte aus finanzpolitischen Gründen die Versorgung prinzipiell dem Reich überlassen müßten, trotzdem tut Berlin in dieser Beziehung, was es kann. Am Schluß der Debatte wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Regierung auf die dringende Not der Kriegsoffer hinweist, die Erhöhung der Renten und einen befriedigenden Ausgleich in der Frage der Heilbehandlung und der Berufsausbildung fordert.

Der Mord an der Hausangestellten Ahrendt. Neue Spuren?

Eine für die Aufklärung des Mordes an der Hausangestellten Ahrendt äußerst wichtige Spur wurde jetzt von der Nordkommission gefunden und verfolgt.

Es meldeten sich zwei junge Leute, die am Sonntag, dem 27. März, also einen Tag vor dem Tode des Torsos, einen Radausflug nach Bichelsdorf gemacht hatten. Zwischen 3 und 3 1/2 Uhr kehrten sie in einem Lokal ein. Am Nebentisch saßen zwei junge Mädchen. Die Radler konnten verstehen, was beide sprachen. Sie hörten so, daß die eine die Absicht äußerte, nach Schildhorn zu wandern, während die andere später nachkommen wollte. Da die Radler noch weiter wollten, so brachen sie bald auf, ehe noch die Mädchen das Lokal verlassen hatten. In dem ihnen vorgelegten Richtbilde der Ahrendt glauben beide mit Bestimmtheit das Mädchen zu erkennen, das nach Schildhorn gehen wollte. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß das andere Mädchen eine gewisse Maria Thiele ist, die am 1. Dezember 1908 in Charlottenburg geboren ist. Ihre jetzige Wohnung ist noch nicht bekannt. Diese soll ein lebenslustiges Mädchen mit rotblondem Subitopf sein und hat auch mehrfach in den Lokalen in der Gegend des Rollendorfsplatzes verkehrt. Möglicherweise haben sie und die Ahrendt gemeinsam irgendwo ein Zimmer gehabt. Für die Aufklärung des Mordes wäre es von äußerster Wichtigkeit, wenn sich Maria Thiele bei der Nordkommission, Polizeipräsidentium, Zimmer 52, meldete, damit über den Verbleib der Ahrendt Gewißheit geschaffen wird und zweitens die Zimmervermieterin, bei der die Mädchen einzeln ober zusammen wohnten.

Die Stimme als Verräter.

Durch allzu große Dreistigkeit lieferte sich am Sonnabend ein 38 Jahre alter Kellner Richard M. selbst dem Gefängnis aus. M. wurde schon seit längerer Zeit wegen Diebstahls und Zuhälterei von der Kriminalpolizei gesucht, war aber nicht zu finden. Am Sonnabend beobachtete ein Kriminalbeamter, wie ein Mann mit einem Paket, das für einen „guten Freund“ bestimmt war, in das Polizeigefängnis zu kommen versuchte, obwohl ihm der Pförtner erklärte, daß das nicht erlaubt sei. Dem Beamten fiel die Stimme des Mannes auf, der sich nicht abweisen ließ und durchaus darauf bestand, in die Räume einzudringen. Diese Stimme verriet, daß der Mann niemand anders als M. war. Man ließ ihn auf ein Zeichen des Beamten ein, der M. für verhaftet erklärte und ihn gleich in Gewahrsam setzte. Der Beschuldigte hatte sich äußerlich dadurch unkenntlich gemacht, daß er sein früher blondes Haar schwarz färbte und seine Gesichtszüge durch Schminken veränderte. Seine Stimme aber war die gleiche geblieben und warde ihm zum Verräter.

Kein visumfreier Verkehr Danzig—Marienburg.

Die Polnische Telegraphenagentur teilt mit, daß die Einführung visumfreier Züge am 5. April nicht stattfinden wird. Wie wir hören, will die polnische Eisenbahnverwaltung den Verkehr nur einführen, wenn Danzig als Gegenleistung bei Reisen von Polen nach Polen über Danziger Gebiet mit allen Zügen des Personenverkehrs für Angehörige aller Staaten einen völlig visumfreien und reviditionsfreien Verkehr zugestimmt. Diese polnische Forderung war völlig neu und konnte von Danzig nicht bewilligt werden, wenn Danzig nicht zu einem Dorado für unerwünschte Elemente werden sollte. Zur Bildung geschlossener Wagen oder Züge war die polnische Eisenbahnverwaltung nicht bereit. Man kann also jetzt feststellen, daß die polnische Eisenbahnverwaltung den visumfreien Verkehr nur im Tauschwege gegen Danziger Zugeständnisse erreichen wollte. Da diese Zugeständnisse nicht gemacht wurden, kam auch der visumfreie Verkehr nicht zustande.

Eine wohlgelungene Sonntagsmorgenseier.

Die Kundgebung unserer Frauen.

Draußen nach dem Norden, zum Bahnhof Gesundbrunnen, in ein rechtes und echtes Proletarierviertel also, hatten gestern vormittag 11 Uhr unsere Frauen zum Kristallpalast, Prinzenallee, Ecke Badstraße, gerufen. Und diese Morgenseier des internationalen Frauentages, die sehr gut besucht war, nahm einen besonders schönen Verlauf.

Mit dem gemeinsamen Gesang unseres Kampfliedes „Brüder, zur Sonne!“ begann die Feier. Dann trug Heinrich Witte, der populäre Schauspieler des Staatstheaters, Verse von Arno Holz vor. Ausgezeichnet waren die gefanglichen Darbietungen des Bolschores Berlin, es folgte, vorgetragen von dem trefflichen Terzett Armin Liebermann, Fritz Hoppe und Karl Penzowski, Ludwig von Beethovens unvergängliches Trio für drei Celli. Dann ergriff die

Genossin Mafson-Belgien:

das Wort. Ihre Rede war ein eiger und ergreifender Appell für den Frieden und wider den Krieg. Wie freute sie sich, so führte die Rednerin aus, mit ihren deutschen Schwestern in diesem Jahre in engerer Fühlung treten zu können. „Ich komme nicht als Fremde“, sagte sie, „denn wir Frauen sind eine Familie!“ Das Ziel des Frauenlebens ist das Leben ihrer Kinder. Aber schon nicht im August 1914, als Europas Jünglinge in das grauenvolle Blutbad geschickt wurden, die Arbeit von zwanzig langen Jahren vergeblich gewesen zu sein? 50 Millionen Menschen sind im letzten Jahrhundert durch Kriege zugrunde gegangen. 1918 sprach man von Siegern und Besiegten, inzwischen hat man eingesehen, daß es keine Sieger, keine Besiegten gab. Die Proletarier aller Länder waren die Geschlagenen. Freilich, vor 1914 waren die Sozialisten von den Regierungen ausgeschlossen und hatten keine Verantwortlichkeit. Lüge und Verleumdung konnten gedeihen, die Gewissen konnten getötet werden. Aber die Völker wünschen den Frieden! Keinen trübsen, trübseligen Krieg mehr! Kampf den völkerverhüllenden Regierungen von Italien, Ungarn und Spanien! Unser Gruß gilt den chinesischen Schwestern, die sich endlich befreien von Jahrhunderte altem Joch. Es ist erfreulich, daß Genosse Vanderelde als belgischer Außenminister China Gerechtigkeit hat widerfahren lassen. Auch den Völkern müssen wir klären, größere Arbeit für den Frieden aber teilt unsere sozialistische Internationale. In ihrem Einheitswort trägt die Frau die Revolution. Bei den Genossenschaften des Proletariats muß sie laufen, dann werden die Rollwagen des Kampfes die friedlichen Revolutionen des Sozialismus. Unstillsch ist der Krieg, die größte Stärke ist die Liebe. Bepflanzten wir unsere Brüder immer wieder auf die allgem. eine Entwaffnung. Die Arbeiterchaft der Welt muß sich einig sein! Wir erobern die Welt durch den Frieden. Es lebe der Frieden, es lebe die sozialistische Internationale! — Nachdem sich der jubelnde Beifall gelegt hatte, sprach als zweite Rednerin die Reichstagsabgeordnete

Genossin Mathilde Wurm.

1910 war es, so sagte sie, als in Kopenhagen die Veranstaltung internationaler Frauentage beschlossen wurde. Damals gab es fast

nirgendes ein Frauenwahlrecht. Heute aber sind nur noch in ganz reaktionär regierten Ländern, wie Italien, den Frauen die Staatsbürgerrechte vorenthalten. Und so grüßen wir unsere schwer kämpfenden italienischen Genossinnen besonders herzlich. Wer aber hat den Frauen das Wahlrecht erkämpft? Die Sozialisten! Gerade heute, am 3. April, müssen wir der Vergangenheit gedenken, denn heute vor 10 Jahren traten die Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg ein. Und traurig ist es, daß 1927 ein Herz, der damals das richtige Wort von den Amerikanern sprach, die nicht schwimmen und fliegen können, wieder Rüstler und Vizekönig werden konnte. Kampf dem sozialreaktionären Bürgerblut! Unsere Kinder sollen nicht hungern. Die Frau ist über ihre vier Hände hinausgemacht, aber solange der Kapitalismus lebt, lebt der Krieg und lebt die Lüge. Sperren wir uns nicht ab gegen das Ausland, vertiefen wir uns friedlich in das Wesen unserer Nachbarn! Alle Tage müssen wir zusammenstehen, alle Unterdrückten müssen Schulter an Schulter kämpfen, damit wir endlich in der ganzen Welt das große weite Haus des Friedens erbauen!

Wieder hörten wir Beethoven. Dann sprach Heinrich Witte formvollendet Franz Rothensfelders Schwanengesang: „Die Frauen und der Frühling“. Zum Schluß gab die Genossin Todenhagen ihrer Freude Ausdruck, daß unsere ausländischen Genossinnen als rechte Schwestern in unserer Muttersprache zu uns geredet hätten. Mit dem Gesang der Internationale und einem Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie endete die wohlgelungene Feier.

Die Klagen der Kriegsoffer.

Gautagung des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter.

Am Sonntag vormittag fand die diesjährige Gautagung des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter, Gau Berlin-Brandenburg, im kleinen Festsaal des Charlottenburger Rathauses statt. Auf der Tagesordnung stand neben Fragen interner und rein organisatorischer Natur der Vortrag des Kameraden Riemer über „Regierung, Reichstag und Kriegsoffer“, der das Interesse der breiten Öffentlichkeit beanspruchen kann, da er die offensichtlichen Mängel der Kriegsopferhilfe in völlig objektiver und abgeklärter Form scharf herausmischte.

Riemer führte etwa folgendes aus: Die zuständigen Stellen scheinen sich der Einsicht verschließen zu wollen, daß die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung immer größer wird. Die dreiprozentige Erhöhung der Renten steht in keinem Verhältnis zu den neuen Mieten und zum Steigen der Lebenskurve. Trotzdem besteht wenig Aussicht, daß die Regierung in nächster Zeit Wandel schaffen wird, das zeigen die Verhandlungen um den Finanzausgleich, das zeigt aber auch das Vorgehen der Reichsregierung, die die Summen, die durch Streichung der Waisenunterstützung der Kriegsoffer frei werden, für andere Positionen eingesetzt hat, nicht aber für Erhöhung der Rentenbezüge. Man versucht, sich um dieses

Spindler & Co. Abteilung Dampf- und Dampfwäscherei
 erbittet Ihre Osterwäsche schon jetzt
 SPINDLERFELD BEI CÖPENICK / BERLIN

